

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

17. Oktober 2022

Sitzungstermin:	Donnerstag, 29.09.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Geschwister-Scholl-Gymnasium Aula, Stolberger Straße 200, 52068 Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ausschussvorsitzende

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Matthias Achilles

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Renate Wallraff

Herr Burkhard Fahl

MA/20/WP18

Ausdruck vom: 17.10.2022

Seite: 1/18

Herr Christian Hofmann
Herr Jörg Hans Lindemann
Herr Dr. Andreas Nositschka
Frau Leona Piana
Herr Nicolai Vincent Radke
Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk
Herr Jörg Veltrup
Herr Hermann Frantzen
Herr Rolf Winkler

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

von der Verwaltung:

Frau Beigeordnete Burgdorff, Dezernat III
Frau Strehle, FB 61
Herr Schuster, FB 60
Herr Müller, FB 61
Frau Dr. Roder, FB 61
Herr Kempf, FB 61
Herr Beckers, FB 13
Herr Costard, FB 60

vom Beirat:

Frau Dr. Driessen, ASEAG
Herr Hansen, ASEAG
Herr Adler, ASEAG

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

Tagesordnung:

MA/20/WP18

Ausdruck vom: 17.10.2022

Seite: 2/18

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Bestellung einer Schriftführung für den Mobilitätsausschuss**
Vorlage: FB 61/0503/WP18

- 3 **European Energy Award - Vorbereitung der externen Zertifizierung 2023**
Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2023-2026
Vorlage: FB 36/0189/WP18

- 4 **Sachstand Vision 2027, Bericht der ASEAG**

- 5 **Bericht der ASEAG zu aktuellen Fahrausfällen**

- 6 **IKSK 2020: Verstetigung Betriebliches Mobilitätsmanagement ("Aachen clever mobil")**
Vorlage: FB 61/0431/WP18

- 7 **Regionale Mobilitätskonferenz, hier TO-Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2022**
Vorlage: FB 61/0505/WP18

- 8 **Radvorrangroute Brand - Linterstraße**
hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0492/WP18

- 9 **NetLiner Laurensberg, Sachstandsbericht**
Vorlage: FB 61/0482/WP18

- 10 **Eginhardstraße**
Abrechnung der als Anliegerstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG
zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0060/WP18
- 11 **An den Frauenbrüdern**
Abrechnung der als Haupteerschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage
gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0061/WP18
- 12 **Mariahilfstraße**
Abrechnung der als verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche) ausgebauten
Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Vorlage: FB 60/0062/WP18
- 13 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Wenzel eröffnet die Sitzung und begrüßt Ratsfrau Wallraff als neues Mitglied im Ausschuss.

Anträge zur Tagesordnung gibt es keine.

zu 2 Bestellung einer Schriftführung für den Mobilitätsausschuss

Vorlage: FB 61/0503/WP18

Frau Retterath stellt sich kurz dem Ausschuss als neue Schriftführerin vor.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss bestellt Frau Silke Retterath als Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 3 European Energy Award - Vorbereitung der externen Zertifizierung 2023

Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2023-2026

Vorlage: FB 36/0189/WP18

Ratsfrau Breuer macht noch einmal deutlich, dass es sich bei dem Beschluss des Mobilitätsausschusses heute lediglich um eine Empfehlung für den Rat handele und keine Entscheidungen damit verbunden seien.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss des energiepolitischen Arbeitsprogramms 2023 - 2026 als Grundsatzprogramm zu den geplanten energie- und klimarelevanten Aktivitäten der Stadt Aachen in dem für die Mobilität relevanten Bereichen, vornehmlich Handlungsfeld 4.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 4 Sachstand Vision 2027, Bericht der ASEAG

Frau Dr. Driessen von der ASEAG stellt den Sachstand zur Vision 2027 vor.

Ratsherr Neumann dankt ihr hierfür und bemerkt, dass die Politik hier noch viele Hausaufgaben habe, die sich vornehmlich mit der Schaffung der Infrastruktur, aber auch mit der Bereitstellung und Sicherstellung der Finanzierung beschäftigen würden.

Auch Ratsherr Blum spricht seinen Dank aus und betont wie wichtig der Ausbau des ÖPNV sei. Aus seiner Sicht sei die ASEAG hier sehr vorbildlich unterwegs. Dem Ausschuss sei klar, dass der Ausbau teuer werde, er sehe aber die fraktionsübergreifende Unterstützung für dieses Vorhaben.

Herr van den Hurk freut sich, dass die Vision 2027 durchaus konkret werde und man das ehrgeizige Ziel der Steigerung des ÖPNV Anteils am Modal Split bis 2027 verfolge. Er versichert sich, ob die ASEAG ausreichend Unterstützung durch die Stadt bekomme und was wäre, wenn die avisierten Förderanträge nicht positiv beschieden würden.

Frau Dr. Driessen nimmt hierzu direkt Stellung und berichtet von der sehr guten Zusammenarbeit mit der Stadt unter anderem in der „AG Innovation für die Regionale Mobilitätswende“. Allerdings sei das vorzuhaltende Angebot an Bussen nicht alles. Man müsse auch über den Ausbau der Starken Achsen und Bevorrechtigungen für die Busse nachdenken, um die Geschwindigkeit im ÖPNV an die des MIV anzugleichen. Im Schnitt seien die Busse momentan in der Innenstadt mit nur 15-16 km/h unterwegs. Bei den Fördergeldern sei man ebenfalls auf einem guten Weg. Das Projekt AC clever mobil sei ja bereits da und weitere Haushaltsmittel habe sowohl bei der Stadt als auch bei den Kommunen der Städteregion beantragt.

Ebenfalls positiv sieht Ratsherr Achilles den Sachstand. Es seien bereits viele Projekte anberaumt, ihm fehle derzeit lediglich das soeben angesprochene Thema der Bevorrechtigung. Ob die ASEAG hier ein Vorschlagsrecht habe oder ob man eventuell durch politische Impulse unterstützen könne, möchte er gerne wissen.

Frau Dr. Driessen sieht die mögliche Unterstützung der Politik vor allem durch die Bewilligung der beantragten Haushaltsmittel.

Ratsfrau Breuer ist sich sicher, dass der gesamte Ausschuss das Projekt unterstützt, dämpft jedoch die Erwartungen: Man dürfe nicht davon ausgehen, dass man bis 2027 wirklich alles vollumfänglich umgesetzt habe. Die ASEAG sei im Moment vor viele Probleme gestellt, die es zu bewältigen gelte, zudem sei die Haushaltsslage für die Zukunft extrem unabwägbar. Man dürfe aber vor allem nicht vergessen, den Menschen immer mitzunehmen bei solchen langfristigen Projekten.

Ausschussvorsitzende Wenzel stellt zusammenfassend fest, dass alle Anwesenden den Ausbau wollten und dieses hehre Ziel unterstützen.

Auch Ratsherr Fischer und Herr Lindemann bekräftigen noch einmal, dass man hinter der Vision 2027 stehe und die Politik hier in der Vorbildfunktion sehe.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der ASEAG zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 5 Bericht der ASEAG zu aktuellen Fahrausfällen

Herr Hansen von der ASEAG berichtet zu den derzeitigen Fahrausfällen und den Hintergründen.

Als Erster ergreift Herr Dr. Nositschka das Wort. Er dankt Herrn Hansen für den Vortrag und möchte gerne wissen, was die am häufigsten genannten Wechselgründe der Fahrer*innen seien.

Dies sei insbesondere das hohe Stresslevel so Herr Hansen. Viele der Fahrer*innen hätten während der Coronazeit neu angefangen, wo die Busse und Straßen recht leer gewesen seien, was nunmehr nicht der Fall sei und zu erhöhtem Druck führe. Zudem steige die Anzahl der tätlichen Angriffe auf das Personal. Aber auch die Arbeitszeiten, die bei privaten Unternehmen oftmals deutlich besser seien, seien ein häufiger Grund.

Dank kommt auch von Herrn Fahl, der der ASEAG eine hohe Ernsthaftigkeit in der Bewältigung der Problematik bescheinigt. Dies sei auch dringend notwendig, man brauche einen starken ÖPNV, dessen Personal aus seiner Sicht jedoch auch gut bezahlt werden müsse. Ob man die Mitarbeiter*innen dazu motiviere, sich gegen die anstehende Grippe impfen zu lassen, fragt er die ASEAG.

Man habe bei der Betriebsärztin genügend Impfstoff da und starte in jedem Jahr Impfaufrufe, so Hansen.

Herr Hofmann betont, dass der Wechsel der Fahrer*innen nicht nur bei den neu angefangenen Personen hoch sei, sondern durchweg in allen Altersschichten. Wie die ASEAG es angehe, dass man gerade bei Langzeiterkrankten Rückkehrer*innen die Motivation wieder wecke, fragt er Herrn Hansen.

Dieser berichtet, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement bei ihnen viele Facetten trage, die mit einem Bündel an Maßnahmen dazu beitragen, auch die Motivation der Mitarbeitenden aufrecht zu erhalten. Wenn aber bereits ein konkreter Wechselwunsch bestehe, könne man die Person oftmals mit keiner Maßnahme mehr halten.

Ratsfrau Breuer appelliert, dass man schlicht mit den Fakten umgehen müsse. Sie kenne viele Aktionen der ASEAG, bei denen Personal gesucht werde. Aus ihrer Sicht setze die ASEAG alles daran, die Missstände zu beheben.

Herr Hansen ergänzt, dass die ASEAG augenscheinlich leider auch nicht das einzige Unternehmen sei, was Probleme bei der Wiederbesetzung offener Stellen habe, dies sei gegenwärtig ein allgemeines Problem.

Auch Herr van den Hurk ist der Meinung, dass man nun einmal mit den Gegebenheiten arbeiten müsse, wie sie seien. Ob es Potenzial gebe, das Berufsfeld der Fahrer*innen zu vereinfachen, wie es beispielsweise in anderen Städten bei Straßenbahnfahrer*innen der Fall sei.

Da sieht Herr Adler von der ASEAG durchaus Potenzial, vor allem durch die Digitalisierung oder Optimierung des Bezahlsystems. Hier sei man aber immer an die gesellschaftlichen Anforderungen und Bedarfe angewiesen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der ASEAG zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 6 IKSK 2020: Verstetigung Betriebliches Mobilitätsmanagement ("Aachen clever mobil")

Vorlage: FB 61/0431/WP18

Nach einem Vortrag von Herrn Müller von der Verwaltung und Herrn Haag von der IHK dankt die Ausschussvorsitzende für die Präsentation und zeigt sich glücklich darüber, wie viele große Partner bereits dabei seien.

Auch Herr van den Hurk sieht enormes Potenzial in dem Themenfeld. Er verweist auf einen Ratsantrag der SPD zum Thema „Umsteigeprogramm Pendler aufs Rad“, bei dem ein ähnliches Programm für die Stadt Aachen angeregt worden sei. Hier wünsche er sich in einer der nächsten Sitzungen noch ein Feedback. Ob die Handwerkskammer auch mit eingebunden werden könne und wie man gedenke, die Erfolge zu messen möchte er von den Vortragenden wissen.

Herr Müller stellt klar, dass die Stadt Aachen natürlich selbst auch Partner sei. Gemessen würden die Erfolge über die zuvor definierten unternehmensindividuellen Ziele, die die Anforderungen an ein SMARTES Ziel erfüllen müssten. Auf der jährlichen CEO Konferenz werde dann über diese selbst auferlegten Ziele Rechenschaft abgelegt. Dies wird von Herrn Haag bestätigt, der ergänzt, dass man selbstverständlich auch gegenüber der Handwerkskammer kooperativ sei.

Ratsherr Neumann möchte wissen, ob die Daten aus dem Pendleratlas alle Pendler seien, oder nur die Autopendler. Zudem frage er sich, ob auch die RWTH Partner sei.

Bei den Pendlern handele es sich um alle Pendler, so Müller und die RWTH sei derzeit nur mittelbar über das UKA beteiligt, sei hier jedoch schon vor Jahren mit der Einführung des Jobtickets und anderen Maßnahmen tätig geworden.

Ratsherr Achilles empfindet den Anteil der ÖPNV Pendler als sehr gering und fragt nach, ob es schon Daten zu einem seinerzeit gefassten Beschluss des Mobilitätsausschusses gebe, bei dem man mit unternehmensspezifischen ÖPNV Modellen die Gewerbegebiete besser anbinden wollte.

Herr Haag berichtet hierbei von den Problemen, solche Daten zu erheben ohne den Datenschutz zu verletzen. Allerdings sei man gerade dabei eine Förderprojektskizze einzureichen, bei der es genau um dieses Thema gehe. Dieses nenne sich „Race to work“ und könne noch bis Februar beantragt werden. Zudem sei man im Zukunftsnetz Mobilität in diesem Thema unterwegs.

Ergänzend berichtet Herr Müller, dass man immer gemeinsam auf der Suche nach neuen Ressourcen für das Themenfeld sei. Es gebe derzeit bereits ein datenschutzkonformes Analysetool, mit dem man Rückschlüsse über den notwendigen verstärkten Einsatz von Linien auf bestimmten Strecken bekomme. Problematisch seien weiterhin Randzeiten, wie zum Beispiel bei den Mitarbeitenden im Schichtdienst. Bei der RWTH nutzten jedoch mittlerweile rund 26% der Mitarbeitenden den ÖPNV.

Herr Hofmann appelliert daran, auch die Einpendler zu berücksichtigen. Hier würde ihn die Bereitschaft der Kommunen in der Städteregion interessieren.

Herr Müller bestätigt, dass man selbstverständlich die Kommunen der Städteregion mit einbinde. Auch diese seien in der AG Innovation und würden für das gemeinsame Ziel über ihre jeweiligen Haushalte Finanzen einbringen. Frau Dr. Driessen unterstreicht seine Ausführungen. Mittlerweile seien alle Kommunen in der Projektskizze Verbundpartner.

Ratsherr Dr. Breuer fragt an, ob auch die Freiberufler wie Architekten und ähnliche über ihre jeweiligen Kammern beteiligt würden.

Dies sei leider sehr schwierig, weil es nunmal sehr kleinteilig sei, so Herr Haag. Derzeit konzentriere man sich noch auf größere Unternehmen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Erläuterungen zum betrieblichen Mobilitätsmanagement zur Kenntnis. Er begrüßt das Konzept zum Aufbau eines betrieblichen Mobilitätsmanagements im gesamten Gebiet der StädteRegion Aachen. Er bekräftigt, dass die im integrierten Klimaschutzkonzept 2022 enthaltene Maßnahme 4.2.5 für die Mobilitätswende in Aachen eine zentrale Bedeutung hat und fordert den Rat der Stadt Aachen auf, die dort beschriebenen Ressourcen bei den Stellen- und Haushaltseinplanungen der Stadt Aachen zu berücksichtigen.

Der Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen fordert die Verwaltung auf, zu prüfen, in welcher Höhe das betriebliche Mobilitätsmanagement in der Region Aachen in der Förderrichtlinie Mobilitätsmanagement des Landes NRW gefördert werden kann und falls möglich, einen Antrag auszuarbeiten und einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 7 Regionale Mobilitätskonferenz, hier TO-Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2022

Vorlage: FB 61/0505/WP18

Herr van den Hurk dankt der Verwaltung für die Vorlage.

Er habe jedoch die zweite Regionale Mobilitätskonferenz (ReMoKo) als nicht ganz so konstruktiv und zielführend erlebt wie die erste, was er sehr bedauere. Aus seiner Sicht sei in jedem Fall noch eine dritte notwendig, auch mit Blick um die Diskussion um eine Regiotram.

Frau Beigeordnete Burgdorff pflichtet ihm bei. Auch die Verwaltung habe die Unterschiede gemerkt und mit den zuständigen Beigeordneten besprochen und nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht.

Eine dritte ReMoKo sei für den 21.04.2023 geplant. Der Landesverkehrsminister habe hier seinen Besuch ebenfalls zugesagt und sie habe das deutliche Ziel, die Politik auf dieser Konferenz zusammen zu bringen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und unterstützt das Bestreben der Verwaltungen von Stadt und StädteRegion Aachen, eine 3. regionale Mobilitätskonferenz im gemeinsamen Miteinander zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 8 Radvorrangroute Brand - Linterstraße

hier: Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0492/WP18

Herr van den Hurk berichtet, dass das Thema den Ausschuss schon länger beschäftige.

Es sei der ausdrückliche Wunsch gewesen, die Radvorrangroute auszubauen. Die von der Verwaltung vorgestellte Zwischenlösung wolle man jedoch noch ergänzen um den folgenden Beschlussvorschlag.

MA/20/WP18

Ausdruck vom: 17.10.2022

Seite: 10/18

Der Mobilitätsausschuss ergänzt den Ausführungsbeschluss, um die folgenden Punkte und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung:

- Der Beidrichtungsradweg zwischen Sittarder Straße und Auf dem Plue wird möglichst auf gesamter Länge auf 3 m Breite aufgeweitet.
- Am Knoten Lintertstraße/Schönforststraße erhält die Lichtsignalanlage zum Schutz des Fußverkehrs eine konfliktfreie Schaltung. Die Pünktlichkeit des ÖPNV wird durch eigene Ampelphasen gesichert.
- Der Schutzstreifen in Fahrtrichtung stadtauswärts zwischen Goldberg und Kirchstraße erhält auf gesamter Länge eine Breite von 2,50 m.
- Der südliche Gehweg entlang der Adenauerallee wird nicht für den Radverkehr freigegeben. Auf den Umbau des Übergangsbereichs zwischen Gehweg und Schutzstreifen wird verzichtet.
- Alle Radverkehrsanlagen erhalten eine rote Oberfläche (auch für den Busverkehr freigegebene Flächen) – möglichst auch im Kreuzungsbereich.
- Größere Sicherheit des Schutzstreifenbeginns südlich der Mittelinsel. z.B. durch einen größeren Kurvenradius und eine vorgelagerte Sperrfläche.

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Umsetzung der folgenden Punkte:

- Herabstufung der Lintertstraße zu einer Gemeindestraße.
- Einrichtung eines Schutzstreifens im freien Rechtsabbieger von der Adenauerallee auf die Lintertstraße.
- Optimierung des Kreuzungsbereichs Sittarder Straße/Fichtestraße/Beidrichtungsradweg, um den Vorrang der Radvorrangroute Brand zu verstärken.

Auch Ratsherr Neumann wirbt für den ergänzten Beschlussvorschlag. Man habe viele Gespräche geführt um die unterschiedlichsten Bedürfnisse zu eruieren. Auch in der Bezirksvertretung Mittel habe es einen geänderten Beschluss gegeben. Man sehe hier in jedem Fall noch keine vollständige Radvorrangroute. Ergänzend wolle er anregen, die Mittelinseln zunächst nur provisorisch zu installieren, beispielsweise durch eine aufgeklebte Variante.

Diese Möglichkeit solle die Verwaltung bitte zusätzlich prüfen.

Er sehe den vorgeschlagenen Beschluss als eine Zwischenlösung, die die Situation verbessere, jedoch nicht die endgültige Lösung sein könne.

Genau diese Endlösung wolle man aber, so Herr Lindemann. Man habe sich seinerzeit für eine duale Lösung auf Haupt- und Nebenstraßen ausgesprochen.

Aus seiner Sicht habe die Verwaltung dies in ihrer Vorlage umgesetzt und er wolle dies somit nicht mehr gänzlich in Frage stellen.

Gleichwohl nehme er natürlich die Tischvorlage zur Kenntnis, frage sich jedoch in Richtung der Verwaltung, was davon überhaupt umsetzbar sei.

Frau Dr. Roder und Herr Müller nehmen kurz Stellung zu den von Teilen der Politik vorgeschlagenen Änderungen.

Bei der Aufweitung des Beidrichtungsradweges habe man im weiteren Verlauf massive Probleme, die dort gewachsenen Bäume nicht zu schädigen.

Eine separate Ampelphase für den Busverkehr benötige eine separate Spur für den Bus. Eine separate Phase für die Richtung, aus der der ÖPNV komme, sei machbar.

Den Schutzstreifen auf 2,50 m zu verbreitern, bedeute, dass bei wartenden Linksabbiegern kein Bus mehr vorbeikommen würde, was bei der Variante der Verwaltung noch knapp der Fall sei.

Wenn der Gehweg nicht für den Radverkehr freigegeben würde, müssten die Radfahrenden mittig auf der Straße fahren, um für längere Gefährte wie Busse und LKWs sichtbar zu sein.

Die vorgeschlagenen Punkte fünf und sechs könne man gerne übernehmen.

Ratsherr Blum berichtet, er habe mit den Anwohnern gesprochen und fände den Verwaltungsvorschlag durchaus sinnvoll. Auch er möchte vermeiden, noch einmal von vorne zu beginnen, könne sich aber dem Verwaltungsvorschlag mit Ergänzung der machbaren Modifikationen anschließen unter der Voraussetzung, dass dafür keine Bäume gefällt werden müssten.

Ratsherr Achilles betont noch einmal, dass man hier nur über ein Provisorium rede, so habe man keine durchgehende Verbindung. Aus seiner Sicht seien die 2,30 m zu gering für den Radweg. Man solle eventuell darüber nachdenken, ob man in Ausnahmefällen auch Bäume fällen und nachpflanzen könne.

Auch Herr Dr. Nositschka hält die 2,30 m für nicht ausreichend, betont jedoch, dass man in dem erweiterten Vorschlag „möglichst“ geschrieben habe. Die separate Ampelphase sei aus seiner Sicht immens wichtig, gerade auch für die schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen.

Herr Lindemann signalisiert Abstimmungsbereitschaft der CDU-Fraktion, wenn die schwierigen Punkte aus dem Vorschlag herausgenommen würden.

Ratsfrau Breuer spricht ihren Unmut über die Äußerungen des Ratsherrn Achilles bezüglich der möglichen Fällung von Bäumen aus. Aus ihrer Sicht müsse jeder Baum erhalten werden.

Die Sitzung wird zu Beratungszwecken unterbrochen.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und fasst, vorbehaltlich der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel i.H.v. 838.000 € durch den Rat im Haushaltsjahr 2022, den Ausführungsbeschluss zur Umsetzung der Maßnahme.

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat für die Umsetzung der Maßnahme überplanmäßige Mittel i.H.v. 838.000 € bei PSP-Element 5-120102-900-09100-300-1 „Radvorrangroute Aachen Brand (KKS)“ im Haushaltsjahr 2022 bereitzustellen.

Der Mobilitätsausschuss ergänzt den Ausführungsbeschluss, um die folgenden Punkte und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung:

- Der Beidrichtungsradweg zwischen Sittarder Straße und Auf dem Plue wird unter Erhalt der Bäume möglichst auf gesamter Länge auf 3 m Breite aufgeweitet.
- Am Knoten Lintertstraße/Schönforststraße erhält die Lichtsignalanlage zum Schutz des Fußverkehrs eine konfliktfreie Schaltung. Die Pünktlichkeit des ÖPNV wird durch eigene Ampelphasen gesichert.
- Der Schutzstreifen in Fahrtrichtung stadtauswärts zwischen Goldberg und Kirchstraße erhält auf gesamter Länge eine Breite von 2,50 m.
- Der südliche Gehweg entlang der Adenauerallee wird nicht für den Radverkehr freigegeben. Auf den Umbau des Übergangsbereichs zwischen Gehweg und Schutzstreifen wird verzichtet.
- Alle Radverkehrsanlagen erhalten eine rote Oberfläche (auch für den Busverkehr freigegebene Flächen) – möglichst auch im Kreuzungsbereich.
- Größere Sicherheit des Schutzstreifenbeginns südlich der Mittelinsel. z.B. durch einen größeren Kurvenradius und eine vorgelagerte Sperrfläche.

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Umsetzung der folgenden Punkte:

- Herabstufung der Lintertstraße zu einer Gemeindestraße.
- Optimierung des Kreuzungsbereichs Sittarder Straße/Fichtestraße/Beidrichtungsradweg, um den Vorrang der Radvorrangroute Brand zu verstärken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 9 NetLiner Laurensberg, Sachstandsbericht

Vorlage: FB 61/0482/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

MA/20/WP18

Ausdruck vom: 17.10.2022

Seite: 13/18

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zum NetLiner Laurensberg zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 Eginhardstraße

Abrechnung der als Anliegerstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0060/WP18

Herr Veltrup erinnert daran, dass sich die SPD in der vergangenen Legislaturperiode immer für die Abschaffung der Beiträge stark gemacht habe.

Soweit er wisse, habe es auch eine Änderung im KAG gegeben, die jedoch nur mit bestimmten Voraussetzungen umgesetzt werden könne. Mit solchen Vorlagen wie dieser werde die Hoffnung der Bürger*innen auf eine finanzielle Entlastung im Erschließungsbereich zunichte gemacht.

Er möchte gerne von der Verwaltung wissen, wie hier der Sachstand ist und wann man in die Umsetzung gehen könne.

Herr Schuster von der Verwaltung versichert, dass man fortlaufend nachfrage, aber derzeit leider immer nur die Auskunft bekomme, dass daran gearbeitet werde.

Sein Fachbereich werde auch weiterhin Anfragen starten und den Ausschuss informieren, sobald es weitere Informationen gebe.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als **Anliegerstraße** ausgebauten Erschließungsanlage „Eginhardstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1, Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmebezogene Einnahmen

72.222,04 € Beiträge gem. § 8 KAG

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.12.2019 reduziert sich dieser Betrag **auf 36.111,02 €**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 An den Frauenbrüdern

Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0061/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als **Haupterschließungsstraße** ausgebauten Erschließungsanlage „An den Frauenbrüdern“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1, Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmebezogene Einnahmen

26.565,00 € Beiträge gem. § 8 KAG

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.12.2019 reduziert sich dieser Betrag **auf 13.282,50 €**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 Mariahilfstraße

Abrechnung der als verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche) ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Vorlage: FB 60/0062/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

MA/20/WP18

Ausdruck vom: 17.10.2022

Seite: 15/18

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als **verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche)** ausgebauten Erschließungsanlage „Mariahilfstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS) und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) für den Ausbau der „Mariahilfstraße“ als verkehrsberuhigten Bereich (Mischfläche) vom 14.02.2018.

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1 Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmenbezogene Einnahmen

265.602,48 € Beiträge gem. § 8 KAG

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.12.2019 reduziert sich dieser Betrag **auf 132.801,24 €**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Strehle präsentiert zusätzlich zu der schriftlich vorgelegten Mitteilung der Verwaltung über die Einweihung der sanierten Ludwigsallee. Für die nächstmögliche Beratungsfolge kündigt sie eine Vorlage der Verwaltung an. Die Verwaltung strebt dafür grundsätzlich die Sitzung am 27.10.2022 an, sofern die Bezirksvertretung einer kurzfristigen Beratung in der Woche zuvor zustimmt.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Nositschka stellt sie klar, dass auf der Ludwigsallee derzeit absolutes Halteverbot sei, also auch kein Be- und Entladen möglich sei.

Ratsherr Neumann sieht hauptsächlich Bedarf für die Ladezonen für Handwerker*innen oder Pflegedienste. Ob eine Umwandlung in ein solches eingeschränktes Halteverbot nicht eine bessere Möglichkeit sei, möchte er wissen. Die Schaffung von temporärem Parkraum sehe er hingegen kritisch. Frau Strehle zeigt sich gerne bereit, diesen Prüfauftrag mitzunehmen und den Nutzen einer solchen Umwandlung zu prüfen.

Herr Kempf von der Straßenverkehrsbehörde ordnet die rechtlichen Bedingungen ein. So können Pflegedienste nur mit einer Ausnahmegenehmigung unbegrenzt halten. Der Handwerkerparkausweis hingegen berechtigt zu 24 stündigem Halten in der eingeschränkten Halteverbotszone und in

Halteverbotszonen, wobei er lediglich für die tatsächliche Zeit der Erbringung der Handwerkerleistung zulässig ist.

Herrn Radke ist in jedem Fall ein zeitliches Ende wichtig, um hier nicht das zuvor besprochene Ziel des ÖPNV Ausbaus wieder zu konterkarieren.

Frau Strehle sagt zu, die unterschiedlichen Perspektiven in der Vorlage ausführlich zu beschreiben.

Herr van den Hurk möchte gerne von der ASEAG wissen, wie sie den Vorschlag der Parkmöglichkeit über Nacht sehe. Aus seiner Sicht berge dies die große Gefahr, dass dann morgens eben doch noch vereinzelt Autos geparkt seien und die Fahrstreifen blockierten.

Dem stimmt Frau Dr. Driessen zu. Auch sie habe bei dieser Variante große Sorgen. Es bedürfe aus ihrer Sicht in jedem Fall beider Fahrstreifen, vor allem im Hinblick auf die avisierte Fahrplanverdichtung auf einen Fünf-Minuten-Takt.

Auch Herr Lindemann zeigt sich skeptisch, vor allem gegenüber der Umwandlung in ein eingeschränktes Halteverbot. Der Ring müsse aus seiner Sicht dringend leistungsfähig bleiben, um den Verkehr aus der Innenstadt heraus zu halten.

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung:

Wenzel
Ausschussvorsitzende

Retterath
Schriftführerin

gesehen:

Keupen
Oberbürgermeisterin

